



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bahnstrecke München – Mühldorf – Freilassing: Anliegen der Anwohner und Anliegerkommunen beachten und unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die laufende fachtechnische Planung für den Ausbau und die Elektrifizierung der ABS 38 München – Mühldorf – Freilassing. Der Ausbau der Bahnstrecke ist von zentraler Bedeutung für den gesamten südostbayerischen Raum. Allerdings gibt es entlang der Ausbaustrecke vielerorts massive Bedenken, dass die von der DB Netze verfolgte, „wirtschaftlichste“ Lösung am Ende zur „billigsten“ Lösung führt, mit entsprechend negativen Auswirkungen für die betroffenen Anwohner und Kommunen entlang der ABS 38.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich beim Bund und der DB Netz AG dafür einzusetzen, dass die Interessen der Anwohner und Anliegerkommunen entlang der Bahnausbaustrecke München – Mühldorf – Freilassing gewahrt werden.

Dies betrifft insbesondere die Lärmbelastung und gravierende Eingriffe wie die Zerschneidung betroffener Städte und Gemeinden durch meterhohe Lärmschutzwände. Nach Möglichkeit sind die betroffenen Kommunen fachlich, planungstechnisch und ggfs. finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Derzeit läuft die fachtechnische Planung zum Ausbau der Bahnstrecke München – Mühldorf – Freilassing. Ab Mitte 2014 sollen die betroffenen Bürger und Kommunen beteiligt werden, Planungsabschluss und Variantenentscheid sind für Mitte/Ende 2015 geplant.

Auf Seiten der von dem Ausbau betroffenen Bürger und Kommunen entlang der Strecke gibt es massive Bedenken, dass die vom Bund der DB Netz AG angestrebte, „wirtschaftlichste“ Lösung an vielen Stellen zu massiven und nachteiligen Auswirkungen hinsichtlich Lärmbelastung und städtebaulicher Eingriffe führt. Als Beispiel seien hier die Pläne genannt, im Bereich Dörfen meterhohe Lärmschutzwände mitten durch die Stadt zu errichten und die querenden Straßen mittels Brücken über diese Lärmschutzwände zu führen. Dies würde die Stadt optisch durchschneiden und die ohnehin vom Bau der A 94 betroffenen Anwohner zusätzlich belasten. Da die Strecke in Teilabschnitten auf Bahndämmen geführt wird, wo der Schallschutz besonders schwierig und der Flächenverbrauch beim Bau eines zweiten Gleises enorm hoch ist, sind weitere Probleme zu befürchten.

Die Staatsregierung ist deshalb gefordert, die Planungen bereits jetzt intensiv zu beobachten und die betroffenen Anwohner und Kommunen dahingehend zu unterstützen, dass möglichst zufriedenstellende Lösungen gefunden werden. Sollten innovative Lösungen – etwa im Bereich Schallschutz – gefunden werden, die aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht vom Bund übernommen werden, sind die Kommunen nach Möglichkeit auch von Seiten des Freistaats finanziell zu unterstützen, damit sie die entstehenden Mehrkosten tragen können.